

Uwe Schmidt, MdB - Bundestagsbüro <uwe.schmidt@bundestag.de> 22. Nov.2017

Sehr geehrter Herr Ohm,

vielen Dank für die Übermittlung des Appells zum „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ von 79 Bürgerinnen und Bürgern Bremens.

Die SPD macht sich seit langem für die weltweite Ächtung aller Atomwaffen stark. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen und setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden. Hierzu ist jedoch erforderlich, dass auch im konventionellen Bereich Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung erzielt werden können. Daher war es so wichtig, dass der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier 2016 im Rahmen des deutschen OSZE-Vorsitzes Gespräche über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa initiiert hat.

Neue Initiativen zur Belebung von Abrüstung sind erforderlicher denn je. Tatsache ist aber, dass allen voran die USA und Russland, die über 90 Prozent der Nuklearwaffen besitzen, sich nicht an dieser Diskussion beteiligen. Ohne ein aktives Mitwirken der Kernwaffenstaaten kann es keine Fortschritte in der nuklearen Abrüstung geben. Hier liegt das Problem mit Blick auf die Forderung nach einem sofortigen Verbot von Nuklearwaffen. Wir setzen daher gemeinsam mit den Nuklearwaffenstaaten auf einen Ansatz, bei dem schrittweise die erforderlichen Rahmenbedingungen für nukleare Abrüstung geschaffen werden.

Bei der von der VN-Generalversammlung beschlossenen Verbotsinitiative sind - im Gegensatz zum Nichtverbreitungsvertrag - keinerlei Inspektions- und Verifikationsmöglichkeiten vorgesehen. Es kann also nicht sichergestellt werden, dass das Verbot tatsächlich eingehalten würde. Wir setzen dagegen auf Transparenzmaßnahmen, Verifikation und Vertrauensbildung - und dies stets auf Grundlage des Nichtverbreitungsvertrags.

Ein zentrales Element unseres Ansatzes ist das Verbot zur Herstellung spaltbarer Materialien - der Fissile Material Cut-off Treaty (FMCT). Wir betrachten es als großen Erfolg, dass die von Deutschland gemeinsam mit Kanada und den Niederlanden eingebrachte FMCT-Resolution im Ausschuss der Vereinten Nationen mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen wurde. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass es gelungen ist, die Nuklearwaffenstaaten in den FMCT-Prozess einzubinden und somit einer weiteren Polarisierung der Nukleardiskussionen entgegen zu wirken. Dieses breite Mandat muss genutzt werden, um jetzt die Voraussetzungen für einen baldigen Beginn von Verhandlungen über ein Verbot spaltbarer Materialien zu schaffen. Dieser Weg ist aus unserer Sicht vielversprechender, als die scheinbare Abkürzung über ein direktes Verbot von Nuklearwaffen.

Deutschland hat sich im Zwei plus Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Gerade in Zeiten wachsender internationaler Spannungen muss unser Handeln darauf ausgerichtet sein, die Menschheit von der Bürde der atomaren Bewaffnung Schritt für Schritt zu befreien. Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt das Ziel der SPD.

Deshalb freue ich mich über jede Form der Unterstützung für unsere Politik und verbleibe

mit freundlichem Gruß

Uwe Schmidt, MdB